

Doña Carmen e.V.

- Verein für soziale und politische
Rechte von Prostituierten -

Elbestraße 41
60329 Frankfurt/Main
Tel/Fax: 069/ 7675 2880
email: DonaCarmen@t-online.de
www.donacarmen.de



Frankfurt, 4. Dez. 2012

Erfolgreiche „1. Frankfurter Prostitutionstage“ 2012 - solidarisch, politisch, ermutigend

Vom 16. bis 18. November 2012 fanden in Frankfurt/Main die von Doña Carmen e.V. ausgerichteten „1. Frankfurter Prostitutionstage“ statt. Zu dem dreitägigen Treffen kamen Sexarbeiter/innen und Interessierte aus allen Teilen der Republik zusammen. Es gab über 70 Anmeldungen zur Tagung. An den Vorträgen und Diskussionen nahmen an den einzelnen Tagen jeweils zwischen 50 und 60 Gäste teil. Rund ein Drittel der Teilnehmenden waren Sexarbeiter/innen.

Anlass der Tagung war die Besorgnis über eine repressive Wende in der bundesdeutschen Prostitutionspolitik, wie sie sich in der Entschließung des Deutschen Bundesrats vom Februar 2011 sowie im Beschluss der Innenministerkonferenz vom November 2010 abzeichnet. ‚Reglementierung‘ und ‚Erlaubnispflicht von Prostitutionsstätten‘ sind die Stichworte, die für eine zunehmend stärker werdende Prostitutionsgegnerschaft stehen, die keineswegs auf Deutschland beschränkt ist.

Es sprachen 9 Rednerinnen und ein Redner zu den Versammelten. Die Debatten - moderiert von **Prof. Dr. Ellen Bareis**, **Jenny Künkel** und **Klaus Walter** - waren durchweg lebhaft und anregend. Sie zeugten von einem großen praktischen Erfahrungswissen, aber auch von einem ausgeprägt politischen Denkhorizont aller Beteiligten. Trotz Unterschiede in den vertretenen Standpunkten und Ansichten war es eine ausgesprochen solidarische Debatte, die den gesamten Tagungsverlauf auszeichnete.

Im Mittelpunkt standen die bedrohten bzw. noch einzufordernden Rechte von Sexarbeiter/innen und Frauen in der Prostitution sowie Überlegungen, wie diese Rechte zu verteidigen bzw. zu erkämpfen seien. Das grundlegende Problem wurde in unzureichenden rechtlichen und politischen Rahmenbedingungen für die Arbeit in der Prostitution gesehen.

Sexarbeiter/innen und andere Teilnehmende - seien es Rechtsanwältinnen, Wissenschaftler/innen, Betreiber/innen von Etablissements oder Praktiker und politisch Interessierte aus den unterschiedlichsten gesellschaftlichen Bereichen - diskutierten miteinander auf gleicher Augenhöhe. Von daher war es – trotz der vielen komplexen Problemlagen, die thematisiert wurden - eine nichtsdestotrotz

ermutigende Tagung. Das kam nicht zuletzt darin zum Ausdruck, dass für das kommende Jahr die Durchführung der „2. Frankfurter Prostitutionstage“ beschlossen wurde.

Per Akklamation votierten die Teilnehmenden am letzten Tag der Tagung für die Annahme nachfolgender Resolution:

„Die Teilnehmenden der 1. Frankfurter Prostitutionstage sprechen sich dafür aus:

1.

Im Frühjahr 2013 findet ein Treffen von Sexarbeiter/innen und Aktivisten/innen statt mit dem Ziel der Ausarbeitung kritischer Positionen zu Konzessionierung und Reglementierung im Prostitutionsgewerbe.

2.

Das Frühjahrstreffen sammelt und erarbeitet Thesen zu „Pro Prostitution – Was heißt das heute?“ mit dem Ziel, sich aktiv und konstruktiv in eine sozialetische Debatte um Sexarbeit und Prostitution einzuschalten.

3.

Die 2. Frankfurter Prostitutionstage werden von Doña Carmen gemeinsam mit den Sexarbeiter/innen und Aktivisten/innen des Frühjahrstreffens in der 2. Jahreshälfte 2013 ausgerichtet. Dort werden die oben genannten Positionspapiere eingebracht.“

Frankfurt, 18.11.2012

Für all diejenigen, die an den „1. Frankfurter Prostitutionstagen“ nicht teilnehmen konnten, nachfolgend eine kurze, zusammenfassende Darstellung der dort vertretenen Positionen und Debatten:

Erster Tag

Den Anfang machte **Milena**. Die aus Kolumbien stammende und in Frankfurt der Prostitution nachgehende Sexarbeiterin eröffnete im DGB-Haus die „1. Frankfurter Prostitutionstage“. Milena begrüßte die Teilnehmenden und plädierte dafür, dass deutsche und ausländische Frauen in der Prostitution mehr als bisher zusammenstehen und gemeinsam handeln sollten.

Im Anschluss daran überbrachte **Uli Nissen**, Vorsitzende der Frankfurter SPD-Frauen und Mitglied im Bundesvorstand der Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Frauen (ASF), Grüße an die Teilnehmenden der Tagung.

Ihr folgte der Redebeitrag von **Juanita Rosina Henning** von Doña Carmen e.V. (Frankfurt/Main), der sich mit den Grundzügen der gegenwärtigen repressiven Wende in der bundesdeutschen Prostitutionspolitik befasste. Die geplante polizeiliche Rundum-Überwachung der Prostitution bezeichnete Henning als „Polizeisondergesetz“, das auf eine Illegalisierung von Prostitution ziele. Im Unterschied zum Schwedischen Modell, das die Prostitution durch eine Reduzierung der Nachfrage bekämpfe, sei bei den geplanten gesetzlichen Verschärfungen in Deutschland mit einer Prostitutionsbekämpfung durch die Reduzierung des Angebots sexueller Dienstleistungen zu rechnen. Kritisch bewertete Henning das Prostitutionsgesetz von 2002. Durch die gegenwärtige Prostitutionspolitik sei das

Gesetz de facto „mausetot“. Henning skizzierte drei zu erwartende Tendenzen in Bezug auf eine Verdrängung und Illegalisierung von Prostitution. Zu den Handlungsempfehlungen, mit denen sie ihren Vortrag beendete, gehörte insbesondere, dass die in der Prostitution tätigen Frauen mehr Rechte für sich, nicht aber mehr Schutz- und Kontrollrechte für die Polizei fordern sollten.

Im Anschluss daran berichtete **Danny**, Sexarbeiterin aus Dortmund, über die Hintergründe der 2011 erfolgten unsäglichen Schließung des Dortmunder Straßenstrichs. Verantwortlich dafür waren nicht nur die Polizei, sondern insbesondere auch die örtlichen SPD-Stadtoberen. Das Mitglied des Rates der Stadt Dortmund, Dr. Marita Hetmeier (SPD), entblödete sich nicht, den Triumph der Schließung des Straßenstrichs dadurch auszukosten, dass sie unmittelbar nach dem Schließungsbeschluss mit einer Blaskapelle auf dem Straßenstrich erschien und aufspielen ließ. Gegen die Schließung des Straßenstrichs ging Danny als unmittelbar Betroffene mit rechtlichen Mitteln vor. Die einstweilige Verfügung wurde aber in der zweiten Instanz vom VG Münster abgeschmettert. Die Stadt Dortmund erlebte in diesem Zusammenhang ihre erste Hurendemonstration und eine Solidarität mit den Frauen, die aber die Ausweitung des Sperrgebiets auf die ganze Stadt nicht abwenden konnte. Dannys Beitrag hob insbesondere hervor, dass mit der Schließung eines Straßenstrichs wie in Dortmund immer auch eine Existenzvernichtung der betroffenen Frauen einhergeht.

Rechtsanwältin **Dr. Sylvia Schwaben** (Pfinztal, Landkreis Karlsruhe) berichtete vom Fellbacher Flatrate-Prozess, in dem sie als Verteidigerin tätig war. Die rechtliche Auseinandersetzung in dieser Angelegenheit ist keineswegs beendet, sondern liegt mittlerweile beim BGH. Sylvia Schwaben bezeichnete insbesondere den in diesem Verfahren erhobenen Menschenhandels-Vorwurf als doppelbödig und verlogen. Den erst vor wenigen Jahren neu ins Strafrecht eingefügten Paragraphen § 266 StGB bezeichnete Schwaben als „Al-Capone-Paragraphen“, der verwandt werde, um Bordellbetreiber ökonomisch in die Knie zu zwingen. Die eigentlichen Leidtragenden seien die rumänischen Frauen gewesen, die vor allem auch wegen der Legalisierung von Prostitution nach Deutschland gekommen seien, weil sie hier „aufrecht arbeiten“ könnten. Mittels der Pauschalbesteuerung würde diesen Frauen das Geld aus der Tasche gezogen, ohne dass sie jemals von den entrichteten Steuern profitieren würden. Die geplante Konzessionierung von Prostitutionsstätten sieht Sylvia Schwaben als Versuch des Staates, mehr als bisher an den Einnahmen des Prostitutionsgewerbes zu partizipieren.

Zweiter Tag

Der zweite Tag der „1. Frankfurter Prostitutionstage“ im Galluszentrum stand im Zeichen der Bewertung des Prostitutionsgesetzes. **Prof. Dr. Monika Frommel** (Kiel) skizzierte drei Etappen der Entwicklung der Prostitutionspolitik seit dem Inkrafttreten des Gesetzes 2002. Die erste Etappe war geprägt von der Aufbruchsstimmung der Legalisierung. Ihr folgte ab Mitte des ersten Jahrzehnts des neuen Jahrtausends ein neuer Konservatismus des „Menschenhandels-Populismus“. Dabei handele es sich um eine wirkmächtige Strömung im Kontext einer „gut subventionierten Subkultur“ von NGOs, die den Opferschutz ins Zentrum gerückt hätten. Mittlerweile befänden wir uns in einer dritten Etappe, der Debatte um die Konzessionierung.

Monika Frommel bezeichnete das Strafrecht als das „dümmste Instrument“ der Regulierung von Prostitution. Der sich gegenwärtig abzeichnenden Beibehaltung des Strafrechts in Anwendung auf Prostitution mit einer vom Innenministerium forcierten Politik der Konzessionierung steht sie mit äußerster Skepsis gegenüber und sprach

in diesem Kontext von einer „unsäglichen Verkoppelung“. Zwar sei eine Konzessionierung nicht per se schlecht, doch würde das Verwaltungsrecht im Unterschied zum Strafrecht vermutlich zu wesentlich mehr Verurteilungen führen. Vor diesem Hintergrund teilte Monika Frommel die Einschätzung von Doña Carmen hinsichtlich einer repressiven Wende der bundesdeutschen Prostitutionspolitik. Vehement sprach sie sich dafür aus, die Zuständigkeit für Prostitutionspolitik nicht länger beim Familienministerium zu belassen. Sie gehöre in den Kompetenzbereich des Wirtschaftsministeriums, so Frommel.

Die Berliner Rechtsanwältin **Dr. Margarete von Galen** bilanzierte im Anschluss an Monika Frommel detailliert das Prostitutionsgesetz. Sie unterschied Verbesserungen (Abschaffung der Sittenwidrigkeit, Strafflosigkeit des Führens von Bordellen, Legalisierung von Anbahnungsgaststätten etc.) von Sachverhalten, die seit 2002 nicht verändert worden seien (Beibehaltung der Sperrgebiete, Kriminalisierung der Vermittlung von unter 21-Jährigen in die Prostitution, polizeiliche Sonderbefugnisse, Mietrecht/Wohnungseigentumsrecht und Aufenthaltsrecht) und schließlich jene Punkte, bei denen sich die Situation seit 2002 sogar verschlechtert habe (Einsatz der Baunutzungsverordnung zur Beseitigung von Bordellen, Lohnsteuerpflicht bei selbständig tätigen Prostituierten, Einführung von Vergnügungssteuer etc.).

Als aktuelle „Problemfelder“ benannte von Galen, dass bordellartige Betriebe nicht in allgemeinen Wohngebieten zugelassen seien sowie den Ausschluss von Bordellen und bordellartigen Betrieben durch Bebauungspläne selbst aus Gewerbegebieten. An die Stelle der Sittenwidrigkeit sei eine „Bauplanungswidrigkeit“ getreten, so Margarete von Galen.

Als irritierend notierte von Galen die Beibehaltung einer negativen sozialetischen Bewertung, die Prostitution trotz der Abschaffung der Sittenwidrigkeit in breiten Teilen der Gesellschaft weiterhin erfahre. Das Unwert-Urteil zu Prostitution bestehe fort. Vor diesem Hintergrund plädierte von Galen im Anschluss an die Ausführungen von Claudia Zimmermann-Schwartz (Abteilungsleiterin Frauenministerium NRW / Runder Tisch Prostitution NRW) auf der unmittelbar vorher ausgerichteten Bochumer Tagung zu Sexarbeit für eine radikal und ehrlich zu führende neue sozialetische Debatte zu Prostitution.

Das Prostitutionsgesetz von 2002 bewertete Margarete von Galen als positiv. Allerdings bewege man sich auf dünnem Eis und habe die Langsamkeit des Kulturwandels unterschätzt. Die Gesellschaft sei in den vergangenen 10 Jahren in punkto Prostitution nicht viel weiter gekommen. Solange dem so sei, mache es keinen Sinn sich in Detailfragen zu verkämpfen und zu verzetteln.

An die Beiträge von Monika Frommel und Margarete von Galen, die viele produktive Denkanstöße gaben, schloss sich eine lebhafte und zum Teil kontroverse Debatte an.

Dritter Tag

Als notwendige Ergänzung und Erweiterung des Blickwinkels erwiesen sich Beiträge und Diskussion am dritten Tag, als mit Berichten über die Situation in Frankreich und Österreich nunmehr auch die internationalen Erfahrungen mit der Politik der Konzessionierung von Prostitution einbezogen wurden.

Den Anfang machte **Cornelia „Coco“ Schneider** (Straßburg) von der französischen Hurengewerkschaft STRASS (Syndicat du Travail Sexuel). Sie lieferte einen

geschichtlichen Abriss der Sexarbeit im modernen Frankreich bis hin zur Gegenwart. Die aktuelle Prostitutionspolitik, die sich offiziell als Abolitionismus begreife, sei in Wirklichkeit eine prohibitionistische Politik der Abschaffung und Bestrafung von Prostitution. Eindringlich schilderte Cornelia die aktuelle Politik der Diskriminierung und Verfolgung von Prostituierten, die sich unter dem Vorwand einer Bekämpfung von ‚Zuhälterei‘ und ‚Menschenhandel‘ tatsächlich gegen die Rechte der Prostituierten und insbesondere gegen die Prostitutionsmigrantinnen richte. Es wird geschätzt, dass seit 2003 mehr als 120.000 migrantische Sexarbeiter/innen wegen „passiver Kundenwerbung“ - seit Sarkozy ein neuer Straftatbestand im französischen Strafrecht - aus Frankreich ausgewiesen wurden.

Unter der Regierung Hollande werde diese im Kern prohibitionistische Politik mit der nun beabsichtigten Bestrafung von Prostitutionskunden fortgesetzt. Faktisch erlebe man in Frankreich einen radikalen Rundumschlag gegen die Sexarbeiterinnen und deren Kunden. Die Prostitution abschaffen und sie bestrafen sei das offizielle politische Programm. Dagegen organisiert sich eine politische Hurenbewegung in der 2009 gegründeten Hurengewerkschaft STRASS, zu deren zentralen Zielen die Abschaffung aller gegen Prostitution gerichteten Spezialgesetze, mithin die Anwendung des allgemeinen Rechts auf Sexarbeit gehöre. Prostitution solle als Beruf anerkannt und mit anderen Berufen gleichgestellt werden.

Die Ausführungen von Cornelia wurden ergänzt durch Beiträge von **Morgane Merteuil** (Paris), der Generalsekretärin von STRASS, die während der gesamten „1. Frankfurter Prostitutionstage“ zugegen war. Eine eigens bestellte Übersetzerin sorgte dafür, dass sie den Gang der dreitägigen Debatten verfolgen und sich ein Bild von der aktuellen Situation in Deutschland machen konnte.

Morgane Merteuil berichtete über die Arbeitsweise von STRASS, über die Rolle der Medienarbeit der Sexarbeiter/innen in Frankreich und die Art und Weise der internen Kommunikation und Vernetzung. STRASS versteht sich als eine vom Staat unabhängige politische Kampforganisation jenseits von Projekten bloßer Selbsthilfe. Ihre Merkblätter zur Konzessionierung und Registrierung von Prostitution in Frankreich erscheinen in verschiedenen Sprachen. Sowohl Cornelia als auch Morgane wiesen auf die Notwendigkeit einer internationalen Vernetzung der Hurenbewegung hin: „Auch unsere Gegner sind international vernetzt!“

Die Anwesenheit der Kolleginnen aus Frankreich war - wie die Diskussion zeigte - eine Bereicherung der Perspektive und zweifellos auch ein Anstoß für künftige Überlegungen zur Organisation von Sexarbeiter/innen in Deutschland.

Den Abschluss des dritten Tags bildete der Beitrag des einzigen männlichen Redners der Tagung, **Christian Knappik** (Wien). Der 53-jährige Knappik hat vor wenigen Jahren die Domain www.sexworker.at übernommen, deren Senior-Administrator er heute ist. Die Domain habe regelmäßig 8.500 User/innen, darunter 200 - 300 Sexarbeiter/innen. Die täglichen Klicks auf die Website lägen zwischen 17.000 und (in Spitzenzeiten) 84.000 täglich.

Christian Knappik erklärte, er sei „kein Freund der Prostitution“, aber der gesellschaftliche Umgang mit Sexarbeit mache ihn krank. Vorsorglich empfahl er den Anwesenden, schon einmal ihre Taschentücher bereit zu halten. Denn was er über den Umgang mit Prostitution in Wien zu erzählen habe, sei traurig. In der Tat: Seine Berichte entsprachen durchaus seiner Ankündigung. In Wien besteht neben der Pflicht zur Registrierung auf dem Polizeirevier immer noch die Pflicht einer wöchentlichen Zwangsuntersuchung von Prostituierten. Für die 2.870 (offiziell

registrierten) Frauen, die in Wien der Prostitution nachgehen, stünden lediglich 3 Amtsärzte zur Verfügung, was bedeutet, dass bei 600 Frauen am Tag jeder Arzt 200 Frauen täglich zwangsuntersuchen müsse. Wer von den Frauen den Untersuchungsstempel nicht nachweisen könne, kann - sofern sie trotzdem arbeite - von der Polizei mit einem vierwöchigen Arbeitsverbot belegt werden.

Die deprimierenden Zustände, von denen Christian Knappik berichtete, werden jedoch noch getoppt: 2011 habe Rot-Grün die Einführung eines „Wiener Prostitutionsgesetzes“ beschlossen, das eine Konzessionierung von Prostitutionsstätten vorsieht. Mit den ans Absurde grenzenden baurechtlichen Auflagen habe es Wien geschafft, dass von zuvor 450 Prostitutionsetablissemments lediglich 23 die Bewilligungsaufgaben erfüllen. Damit seien mehr als 2.000 Arbeitsplätze der Frauen bedroht. Unterstützt würden Politik und Polizei in ihrem Vorgehen gegen die Prostitution von Bürgerinitiativen, die mit Ku-Klux-Clan-Methoden (Fackelzüge etc.) eine „Hexenjagd auf Prostituierte“ veranstalten.

Auch der Wiener Straßenstrich, den Christian Knappik in unverkennbarem Lokalpatriotismus als den „schönsten Straßenstrich der Welt“ bezeichnete, sei seit 2005 immer mehr „abgezwickelt“ und verkleinert worden. Ziel der aktuellen Politik von Registrierung und Konzessionierung sei es, die Prostitution von einer Outdoor- zu einer Indoor-Angelegenheit zu machen. Knappik sprach in diesem Zusammenhang von „Bigotterie“, da die Frauen tatsächlich auf ungeschützte Räume verwiesen würden. „Lasst den ganzen Konzessionierungs-Mist weg! Keine Kompromisse!“, forderte Knappik, der für seine Ansichten bei den österreichischen Medien viel, bei den politischen Parteien hingegen kaum Gehör finde.

Am Ende des dritten Tages brachten an der Tagung im DGB-Haus anwesende Sexarbeiterinnen die oben zitierte Resolution ein und bedankten sich bei Doña Carmen für die Initiative und Durchführung der „1. Frankfurter Prostitutionstage“. Der Verlauf der Tagung habe gezeigt, dass man damit „ins Schwarze getroffen“ habe, erklärten die Frauen unter dem Beifall der Anwesenden.